

**.MAI 2017**

**DGB**

***Wir sind viele.  
Wir sind eins.***

**Liane Papaioannou**

**1. Mai 2017**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
heute feiern wir / ausnahmsweise hier auf dem  
Waisenhausplatz / den 1. Mai. Das ist unser Tag.  
Der Tag der internationalen Arbeiterbewegung. Wie passend  
dieser Ort für unsere Maifeier ist, darauf möchte ich später noch  
zu sprechen kommen.

Wenn man die Gelegenheit bekommt, eine Rede für den 1. Mai  
zu halten, hat man die Qual die Wahl bei der Frage der  
Themen, über die man reden möchte und auch die Freiheit  
diese Wahl zu treffen. Dies natürlich auch vor dem Hintergrund  
der begrenzten Zeit, die zur Verfügung steht.

Da wir unsere Forderungen nach

- Investitionen in unsere Kinder, Qualifikation und in gute  
Arbeit,
- Ausreichend finanzieller Verantwortung für  
Kindertagesstätten und bei Zuwanderung und Integration,
- gerechter Steuerpolitik,
- keiner Privatisierung von öffentlichem Vermögen, und
- Beibehaltung des kulturellen Angebots in der Stadt

in einem **umfangreichen** Positionspapier bekannt gemacht  
haben - ....

habe ich mich dafür entschieden, heute mit meiner Rede einen Blick über den Tellerrand zu wagen und **nicht** über die finanziellen Nöte Pforzheims zu sprechen, die zu dem, vom DGB hinlänglich kommentierten, Haushalts-Konsolidierungskonzept der Stadt geführt haben. Die genannten Themen und Argumente sind dort ausführlich nachzulesen.

**Der 1. Mai ist der Tag**, an dem wir weltweit für unsere sozialen und demokratischen Rechte und Forderungen eintreten. Aber auch der Tag, an dem wir Gewerkschaften zurückblicken und unsere **Stärke** und unsere gemeinsamen **Erfolge** feiern.

Es ist 125 Jahre her, dass der erste Kongress der freien Gewerkschaften zusammengetreten ist. Damals in Halberstadt wurden die Grundsteine für den Deutschen Gewerkschaftsbund gelegt.

Seitdem haben wir viel für die Beschäftigten erreicht!

Wir sind erfolgreich und mit 6 Millionen Mitgliedern richtig stark.

Wir kämpfen für das Wohl der arbeitenden Menschen.

Deshalb ist unser diesjähriges Motto für den 1. Mai:

**„Wir sind viele, wir sind eins!“**

Damit aber nicht genug, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir engagieren uns wie keine andere Organisation für Demokratie.

Wir stehen für die demokratische Mehrheit in diesem Land - für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit!

Wir treten gemeinsam für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa ein.

„Wir sind viele, wir sind eins!“ – das ist auch unsere Kampfansage an die Feinde unserer Demokratie:

Ihr werdet unsere Gesellschaft nicht spalten!

Nicht mit Euren Hasstiraden auf Flüchtlinge und den Islam.

Nicht mit Eurem Schüren von Rassismus, Angst und Gewalt gegen alle, die aus Eurer Sicht „anders“ sind. Und das gerade NICHT hier bei uns in Pforzheim!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Pforzheim leben mehrere Tausend Menschen, die aus den unterschiedlichsten Nationen stammen. **Sicher – das ist nicht immer leicht. Integration ist anstrengend – für alle Beteiligten.**

Wir leben in einem offenen Einwanderungsland, in dem alle die gleichen Chancen, Rechte und Pflichten haben. In dem es sozial gerecht für alle Menschen zugehen muss.

Wir treten für einen Rechtsstaat ein, in dem für alle die gleichen demokratischen Spielregeln gelten. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Geflüchtete handelt, die gerade erst bei uns angekommen sind, Menschen, die schon länger in Deutschland leben oder hier geboren sind.

Diese Vielfalt in Einheit. Das ist es aber, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Und was sie zu **der** Gesellschaft macht, in der ich leben möchte.

Dafür lohnt sich meines Erachtens jede Anstrengung!

Die demokratischen Parteien müssen die Verunsicherungen und Ängste der Menschen ernst nehmen. Das ist die richtige Antwort auf die Panikmache und das Geschrei von rechts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind mitten im Superwahljahr. Das Saarland hat schon gewählt. In wenigen Tagen ist bei uns in Pforzheim OB-Wahl, Schleswig-Holstein geht an die Urnen, kurz darauf folgt Nordrhein-Westfalen.

Und im September werden bei der Bundestagswahl die Weichen für die Politik im kommenden Jahrzehnt gestellt.

Neben unserem Aufruf an alle Wahlberechtigten – wählen zu gehen - ist für uns eines immer klar: Auf die Menschen kommt es an!

Die IG Metall hat im Januar eine deutschlandweite Befragung der Beschäftigten gestartet – und die gewaltige Beteiligung hat uns alle umgehauen.

**Allein aus unserer Region haben sich 4.582 Menschen an der Befragung beteiligt.** Mehr als **680.000** oder – um ganz genau zu sein – **681.241** Menschen aus rund **7.000** Betrieben im ganzen Land haben sich beteiligt.

Damit ist unsere Befragung die größte Beschäftigtenbefragung Deutschlands.

Besonders beeindruckend ist aber, dass sich auch knapp 40 Prozent „Noch-Nicht-Mitglieder“ unserer Gewerkschaft eine halbe Stunde Zeit genommen haben, um unsere Fragen zu beantworten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser gewaltigen Resonanz stecken für mich **drei** ganz entscheidende Botschaften:

**Erstens:** Die Beschäftigten wollen mit ihren Wünschen, Sorgen und Forderungen gehört werden.

**Zweitens:** Sie trauen uns als Gewerkschaften eine ganze Menge zu: Sie wissen, dass wir in der Lage sind, ihre Anliegen auch umzusetzen – in der Tarifpolitik und im Betrieb.

Und **drittens:** Wer im September gewählt werden will, der kommt an den Ergebnissen dieser Befragung nicht vorbei!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wieviel wir Gewerkschaften politisch bewegen können, haben wir bewiesen.

Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, für die wir weiter kämpfen. In vielen Fällen wird er immer noch umgangen. Wir brauchen schärfere Kontrollen und Sanktionen!

Wir stehen ein für die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und auch mit unserer Rentenkampagne haben wir ein **zentrales** Wahlkampfthema gesetzt.

Schaut euch die Tarifrunden der letzten Monate an:

Ob in der Stahlindustrie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Energiewirtschaft und dem Steinkohlebergbau, der Eisenbahn oder dem Öffentlichen Dienst –

Überall dort haben unsere Kolleginnen und Kollegen dazu beigetragen, dass es in unserem Land gerechter zugeht. Diese Erfolge würde es **ohne Euch nicht geben!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „wir sind viele, wir sind eins!“ ob Facharbeiter, Krankenschwester oder Pflegekraft, ob Kauffrau, Leiharbeiter, Werkvertragsnehmer oder Solo-Selbständiger.

**Wir fordern: Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit! Für Alle!**

Wie sieht die Wirklichkeit in Deutschland denn aus? Tagtäglich begehen Arbeitgeber Tariffucht. Oder sind nie in die Tarifbindung eingetreten.

Auch hier in Pforzheim können wir ein Lied davon singen.

Aus der Goldstadt ist das florierende Oberzentrum der Stanz- und Galvanotechnik geworden, das sich im Zweijahreszyklus bei der Stanztec hier im ccp präsentiert.

Geht man dort aber durch die Gänge oder betrachtet sich aufmerksam die Liste der Aussteller auf der Homepage fallen einem (mir und meinen Kollegen zumindest) schnell die Unternehmensnamen auf, die weder tarifgebunden sind, geschweigen denn einen Betriebsrat haben.

Das Ergebnis?

Die Einkommens- und Lebensbedingungen klaffen immer weiter auseinander. Die Tarifgebunden Unternehmen, und damit unsere Kolleginnen und Kollegen, werden von ihren nichttarifgebundenen Nachbarn mit unsäglicher Preisgestaltung unter Druck gesetzt.

Aber Keine Frage: Es gibt auch aufgeklärte Arbeitgeber. Sie ziehen mit uns an einem Strang und wollen die Tarifbindung stärken.

Lasst uns denen ein bisschen helfen, da mehr Einheit hinzubekommen.

Wir wollen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern. Bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen muss die Tarifbindung kollektiv weitergelten! Rausschleichen darf sich keiner.

Nicht-tarifgebundenen Betrieben muss es schwerer gemacht werden, mit Dumpinglöhnen Schmutzkonkurrenz zu betreiben!

**Wir wollen Tarifverträge für alle!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt heißt auch, dass sich bei den **Minijobs** endlich was ändern muss.

**Für 5 Millionen** Beschäftigte ist der Minijob die einzige Erwerbsquelle. Das sind oft 100-Euro-Jobs oder „Arbeit auf Abruf“.

Minijobs. Das heißt auch: Minilohn. Ohne Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub. Ohne soziale Absicherung im Alter.

Das ist prekäre Arbeit pur! **Vor allem auf dem Rücken der Frauen: Sie haben zu 60 Prozent die Minijobs.**

Gleichzeitig arbeiten auch fast **60 Prozent** unserer Kolleginnen **in Teilzeit** – bei den Männern sind es nur 20 Prozent. Und warum?

Weil es meist die Frauen sind, die sich um die Betreuung der Kinder oder die Pflege älterer Familienangehöriger kümmern.

Und wenn sie dafür ihre Arbeitszeit reduzieren, droht die Teilzeitfalle. Zurück in den Vollzeitjob? Pustekuchen!

Und da fällt der CDU/CSU nichts Besseres ein als das Gesetz zur befristeten Teilzeit zu blockieren! **Was für eine Schande!**

Und selbst bei den Frauen, die Vollzeit arbeiten, klafft dann immer noch die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern:

**Das ist einer der größten Skandale bei uns in Deutschland!**

Noch immer erhalten Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen im gleichen Job.

Auch beim Entgelttransparenzgesetz, das zumindest ein Schritt in die richtige Richtung ist, besteht noch viel Nachbesserungsbedarf!

**Wir alle haben den Anspruch auf anständige Arbeitsbedingungen und sichere Beschäftigungsperspektiven!**

Aber auch die Arbeitslosenversicherung muss wieder gestärkt werden.

Es darf nicht sein, dass 1/4 der Arbeitslosen direkt in das Hartz 4 System abrutscht. Deswegen müssen die Hürden für den Zugang zum Arbeitslosengeld 1 gesenkt werden.

Die Arbeitslosenversicherung muss die Menschen beim Strukturwandel begleiten. Gerade Ältere müssen hier besser geschützt werden. Wer lange gearbeitet hat, dem muss in der Not geholfen werden. Das heißt für uns: mehr Weiterbildung für ältere Beschäftigte bei Arbeitslosigkeit und zusätzliche Integrationshilfen!

Und eines ist auch klar: die Laufzeit des Arbeitslosengeldes gehört wieder verlängert. Wer 55 Jahre alt ist, muss mindestens 24 Monate Arbeitslosengeld bekommen und 58-jährige mindestens 30 Monate.

Lasst uns gemeinsam für einen gerechten Arbeitsmarkt kämpfen!

---

180.000 Betriebsräte und 220.000 Personalräte setzen sich Tag für Tag für Gute Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen ein! Sie machen einen tollen Job!

**Ihr macht einen tollen Job!**

2018 stehen die nächsten Betriebsratswahlen an. Ich appelliere an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier in der Region – schließt Euch zusammen – organisiert Euch und macht von Eurem Recht Gebrauch - Eure Interessenvertretung zu wählen.

In vielen traditionsreichen Betrieben hier in der Region – aber auch bei der Gründung von Betriebsräten in Betrieben, in denen es bisher keine Interessenvertretung gab – erleben wir eine vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Arbeitgebern.

Und doch erleben wir seit einigen Jahren, wie auch die Schikanen zunehmen. Arbeitgeber machen sich immer öfter einen Sport daraus, Betriebsratswahlen zu verhindern oder Betriebsratsarbeit zu behindern.

Schlimmer noch: Eine Reihe von Anwaltskanzleien hat sich inzwischen darauf spezialisiert. Sie werben damit, Unternehmen zu betriebsratsfreien Zonen zu machen.

Diesen Arbeitgebern und ihren Rechtsgehilfen müssen wir **ein für alle Mal das Handwerk legen!** Wir reden hier nicht über Kavaliersdelikte. Was viele von denen machen, **ist kriminell!**

Um das zu beenden, müssen wir das Betriebsverfassungsgesetz verbessern.

**Wir fordern mehr Schutz und schärfere Sanktionen.**

Gegen das Mobbing von Betriebs- und Personalräten brauchen wir endlich Strafen, die nicht einfach aus der Portokasse bezahlt werden können!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen die Arbeitswelt human gestalten, ob digital oder analog.

Dafür brauchen wir starke Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie wesentlich mehr Mitbestimmung.

Ob Arbeitszeit, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Datenschutz, Gleichstellung, Personalplanung oder Outsourcing – in all diesen Bereichen müssen Betriebs- und Personalräte garantierte Mitbestimmungsrechte haben.

Besonders wichtig ist der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung bei Qualifizierung und Weiterbildung. Denn die Digitalisierung verstärkt die Geschwindigkeit der Innovationen. Die Halbwertszeit von Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten wird dadurch immer kürzer.

Wir wissen heute schon, dass viele Tätigkeiten in den Betrieben, die heut nicht wegzudenken sind, morgen nicht mehr anfallen. Das betrifft vor allem eher einfache Tätigkeiten.

Und dann? Wo sind die Menschen, die dies bisher tun? Was machen sie und wovon sollen sie leben?

Wir brauchen mehr Möglichkeiten, uns über das ganze Berufsleben hinweg fort- und weiterzubilden. Deshalb fordern wir für Betriebs -und Personalräte ein Initiativrecht für Weiterbildungsmaßnahmen.

So sichern wir Arbeitsplätze und gestalten die Arbeit der Zukunft!

Die IG Metall Pforzheim wird sich im 250ten Jubiläumsjahr der Schmuck- und Uhrenindustrie verstärkt mit den Auswirkungen der Digitalisierung und den sich verändernden Anforderungen an die Arbeitswelt von Morgen auseinandersetzen.

Unter anderem in einer mit Wissenschaftlern, Forschern, Gewerkschaftern und Arbeitgebern hochkarätig besetzten Konferenz diskutieren wir im September das Thema hier konkret für unsere Region.

Die Digitalisierung eröffnet für uns völlig neue Wege hin zu mehr Zeitsouveränität, einem selbstbestimmteren Leben, einem besseren Ausgleich von Familie und Beruf.

Aber sie birgt auch Risiken und die unsäglichen Angriffe der Arbeitgeber – wie Gesamtmetall - auf das Arbeitszeitgesetz werfen ihre Schatten voraus.

Sie wollen an dem Gesetz rumschrauben, das den 8 Stunden/Tag und Ruhepausen zwischen den Arbeitstage regelt.

Aber ich sage Ihnen: „Das ist ein **Schutzgesetz für die Beschäftigten**, das wir mit aller Kraft verteidigen werden.“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Unsere sozialen Sicherungssysteme sind große sozialstaatliche Errungenschaften, die wir hart erkämpft haben. Dazu gehört auch, dass man nach einem langen Erwerbsleben in den wohlverdienten Ruhestand geht. Die Rente im Alter muss wieder für ein Leben in Würde reichen!

Deswegen fordern wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, der das Rentenniveau stabilisiert und langfristig steigert!

Auch für junge Menschen ist ein stabiles gesetzliches Rentenniveau und Sicherheit im Alter existenziell. Dafür brauchen sie heute gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze mit langfristigen Perspektiven von Anfang an.

Eine starke gesetzliche Rente braucht einen starken Solidarausgleich.

Deshalb fordern wir, dass Zeiten mit Niedriglohn besser bewertet werden. Weil all die Kolleginnen und Kollegen, die kaum etwas verdienen, schon heute mindestens acht Jahre länger arbeiten müssen, nur um eine Rente in Hartz IV-Höhe zu erreichen.

Am Rande bemerkt - Die Auswirkungen auf eine Stadt wie Pforzheim mag man sich kaum ausmalen – die Kassen der Stadt füllen sich so auf jeden Fall nicht!

Wir wollen, dass Schluss ist mit dem automatischen Sinkflug beim Rentenniveau.

Wer jahrzehntelang hart gearbeitet hat und in die Rentenkasse einzahlt, muss am Ende eine Rente bekommen, von der er in Würde leben kann.

Weder die Arbeitgeber noch der Staat dürfen aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Für eine gute gesetzliche Rente brauchen wir die **Erwerbstätigenversicherung**.

Eine starke Rentenversicherung bei stabilem Rentenniveau braucht eine breite Finanzierungsbasis. Dann ist sie finanziell absolut machbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Das ist der Grundgedanke der Parität in den Sozialversicherungen. Für die Arbeitgeber gilt das in der gesetzlichen Krankenversicherung längst nicht mehr. Ihre Beiträge sind seit Jahren eingefroren, während die Zusatzbeiträge für die Beschäftigten unablässig steigen.

Das ist eine skandalöse soziale Ungerechtigkeit!

Es ist höchste Zeit: Wir müssen in der Krankenversicherung zurück zur paritätischen Beitragsfinanzierung. Und langfristig brauchen wir für Gesundheit und Pflege eine **gesetzliche Bürgerversicherung**, um die wachsenden Ausgabenbelastungen aufzufangen.

Es muss Schluss damit sein, dass sich die Arbeitgeber bei der Finanzierung der Gesundheitskosten vom Acker machen!

**Wir brauchen die Parität, jetzt!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

bei dem Stichwort Gesundheit – denke ich an einen Patienten, der mir sehr am Herzen liegt – der Patient heißt: **Europa!**

EUROPA? – „Europa ist für mich Frieden“, sagte mir letzte Woche unser geschätzter Kollege Richard Weißinger an seinem 88. Geburtstag

Richard.....

Lassen wir uns von Populisten wie dem neuen US-Präsidenten Trump doch nicht für dumm verkaufen: Protektionismus, Abschottung und neuer Nationalismus sind keine Alternativen in unserer globalisierten Welt. Gerade Deutschland als führendes Exportland lebt vom Welthandel. Er ist wichtige Quelle unseres Wohlstands und schafft Arbeit.

Was wir aber brauchen ist eine Abkehr vom bisherigen neoliberalen Globalisierungskurs. Die Wohlfahrtsgewinne müssen endlich gerecht verteilt werden.

Dem freien Welthandel, wie wir ihn kennen, gelingt das nicht.

Er steht für Lohn- und Steuerdumping, für die Aushöhlung von sozialen und ökologischen Standards, für die menschenverachtende Ausbeutung von Billigstarbeit und für einen gnadenlosen Standortwettbewerb um die Verlagerung von Arbeitsplätzen.

All das ist der fruchtbare Boden, auf dem der Rechtspopulismus wächst und gedeiht.

Die Europäische Union ist nicht das Problem -, das sage ich deutlich allen Feinden der europäischen Idee.

Das Problem ist die Politik der letzten zwanzig Jahre, mit der sich die EU zum Vorreiter der neoliberalen Globalisierung gemacht hat. Unter dem Deckmantel der Binnenmarktfreiheiten betreibt sie eine einseitige Deregulierung.

Europa muss sich seines Gründungsversprechens wieder bewusst werden. Es steht für **Frieden, Wohlstand, sozialen Fortschritt und den gemeinsamen Kampf gegen Armut**. Davon ist heute nicht mehr viel zu erkennen.

Da, wo die EU Antworten liefert, erzeugt sie oft zusätzliche Probleme.

Ihre Antwort auf die Finanzkrise war eine völlig verfehlte Sparpolitik. Mit ihr hat sie Länder wie Griechenland und Spanien in die gesellschaftliche Krise gestürzt.

Sie hat die dortigen Tarif- und Sozialsysteme an den Rand des Zusammenbruchs getrieben. Die Währungsunion erstickt Investitionen in die Zukunft - mit der heiligen Kuh der „schwarzen Null“ im Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Eines muss unseren Politikern klar sein: wenn es den deutschen Nachbarländern schlecht geht, geht es auch Deutschland schlecht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
das Brexit-Votum hat Europa ins Mark getroffen.

**Am 7. Mai ist nicht nur OB Wahl in Pforzheim und die Stichwahl in Frankreich.**

**Am 7. Mai wird sich die Zukunft Europas entscheiden.**

Dass wir ein anderes Europa brauchen ist klar!

**Klar muss aber auch sein, dass kein Europa keine Lösung ist!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer derzeit durch Pforzheim schlendert, kann nicht behaupten, dass er von dem Goldstadtjubiläum nichts mitbekommt. Es wird geflaggt und bebannert – und man muss fast aufpassen, dass man nicht über riesigen Goldklumpen stolpert, die in der ganzen Stadt verteilt rumliegen. Millionen € werden in das gesamte Festival investiert.

Wir als DGB wollen den Anlass nutzen, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit 250 Jahren das Herzstück der Schmuck- und Uhrenindustrie bilden, zu Wort kommen zu lassen.

Hier, und das macht diesen Ort heute so besonders, stand das Waisenhaus, in dem vor 250 Jahren mit der dualen Ausbildung der Goldschmiede und Uhrmacher alles begann.

Ich freue mich jetzt schon auf die Ausführungen von Brigitte und Gerhard Brändle, die unsere Ausstellung (K)ein Grund zum Feiern nachher feierlich eröffnen werden.

Danke für die Aufmerksamkeit

„Wir sind viele, wir sind eins!“ Glück auf!